

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 60 38/39
Telefax: 8 86 848 ppbn d
Telefax: 21 09 64

Inhalt

Björn Engholm zum Ausgang der Landtagswahlen vom 13. Mai: Der Bundeskanzler mußte Leine ziehen.

Seite 1

Rudolf Scharping MdL zu den Wahlerfolgen in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen: Ermutigend auch für die rheinland-pfälzische SPD.

Seite 3

Barbara Weiler MdB zur ersten Lesung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung zur Verbesserung der Gleichbehandlung von Frauen und Männern am Arbeitsplatz: Weder Gestaltungswille noch Gestaltungskraft bei CDU-Frauen.

Seite 4

Klaus Daubertshäuser MdB zur Notwendigkeit von Geschwindigkeitsbegrenzungen in Wohngebieten: Tempo 30 schützt Kinder vor tödlichen Verkehrsunfällen.

Seite 5

Dokumentation:

Walter Momper, Regierender Bürgermeister von Berlin, hielt kürzlich vor Mitgliedern des Zentralbankrates der Deutschen Bundesbank ein Plädoyer für Berlin als Hauptstadt. Auszüge auf

Seite 6

45. Jahrgang / 91

14. Mai 1990

Der Bundeskanzler mußte Leine ziehen

Zum Ausgang der Landtagswahlen vom 13. Mai

Von Björn Engholm
Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein
Mitglied des Präsidiums der SPD

Dieser 13. Mai war ein großer Tag für die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten.

Mit Gerhard Schröder und seiner Frau- und Mannschaft haben fachliche und menschliche Qualitäten über eine abgewirtschaftete Crew und die sie tragenden Parteien obsiegt.

Der Wahltag war ein Zahntag: Skandale von Celler Loch über Mauss und Vajen bis zur Spielbankaffäre sowie landespolitische Versäumnisse vor allem im Umweltschutz und bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wurden von den Wählerinnen und Wählern mit der „roten Karte“ quittiert.

„Meine Uhr ist abgelaufen“, hat Ernst Albrecht vor zwei Monaten im Landtag in anderem Zusammenhang gesagt. Wie recht er doch hatte.

In Nordrhein-Westfalen haben Johannes Rau und die SPD zum dritten Mal die Ernte für gute Regierungs- und Parteiarbeit eingefahren. Johannes Rau ist nach diesem Wahltag noch unbestrittener als vorher der Nestor, der Doyen unter den Ministerpräsidenten. Meine Reverenz.

Mit diesem Wahltag setzte sich die Serie von Erfolgen der Sozialdemokraten und mehr oder minder drastischen Verlusten der Unionsparteien seit der letzten Bundestagswahl fort. Trotz ausgezeichneter Rahmenbedingungen, trotz Wirtschaftsboom, sprudelnder Steuerquellen, trotz historischer Stunde auf dem Weg zur deutschen Einheit mußte der Bundeskanzler „Leine ziehen“.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Verantwortung
übernimmt
Rechtsanwalt
Regina-Fischer



Das zeigt: Er kann mit den Dingen nicht umgehen. Die Menschen sind klüger, als Kohl glaubt.

Sein Boten-Junge kehrte aus Düsseldorf ebenso unverrichteter Dinge zurück nach Bonn wie vor ihm der Umweltminister aus dem Saarland und der Presseminister aus München. Und der Überraschungscoup mit der Bundestagspräsidentin wurde von den Wählerinnen und Wählern souverän als das durchschaut, was er war: Als letzter Versuch zu retten, was nicht mehr zu retten war.

Dieser 13. Mai war ein großer Tag für die Bürgerinnen und Bürger in allen Bundesländern und auch in der DDR.

Mit der neuen Mehrheit im Bundesrat erhielt der Föderalismus endlich wieder das ihm zustehende Gewicht und Mitspracherecht: Ab sofort ist der Weg zur Einheit kein Privatweg mehr, an dessen Anfang für Länder und Sozialdemokraten ein Verbotsschild steht, aufgerichtet vom Bundeskanzler und seinem Finanzminister.

Seit gestern ist der Norden „rot“. Die Zusammenarbeit im Norden dürfte jetzt einfacher werden. Jetzt werden mit Bremen, Hamburg, Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Berlin fünf sozialdemokratisch regierte Länder gegen die Bonner Nordblindheit angehen und die Bundesregierung daran erinnern, daß die Republik nicht an der Mainlinie aufhört.

Dieser 13. Mai war ein großer Tag für Oskar Lafontaine. Er war Medizin für ihn. Johannes Rau und Gerhard Schröder haben es Oskar leichter gemacht. Die SPD hat nun mit ihm gute Chancen, auch in der Bundestagswahl stärkste Kraft zu werden.

Ich darf einen Spruch unserer Dithmarschner Bauern aus alter Zeit abwandeln: Wahr die, Kohl, da Oskar kümmt! (Sieh Dich vor, Kohl, der Oskar kommt!) (-/14.5.1990/va-he/rs)

* * *

Ermutigend auch für die rheinland-pfälzische SPD

Zu den Wahlerfolgen in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen

**Von Rudolf Scharping MdL
SPD-Partei- und Fraktionsvorsitzender in Rheinland-Pfalz
Mitglied des SPD-Vorstandes**

Der 13. Mai 1990 mit seinen Wahlergebnissen von Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen ist ein ermutigender Tag auch für die rheinland-pfälzische SPD auf ihrem Weg in die Landtagswahl in ziemlich genau einem Jahr.

Der SPD ist in den Ländern und im Bundesrat zusätzliche Verantwortung zugewachsen. Sie wird als Partei sozialer Gerechtigkeit dieser Verantwortung gerecht werden und sich keinesfalls in die von der CDU leichtfertig unterstellte Rolle im gesamtdeutschen Bremserhäuschen begeben.

Wichtig für die SPD sind auch die erkennbaren landespolitischen Aspekte bei beiden Wahlscheidungen. Uns Sozialdemokraten hat die Wählerschaft hohe Kompetenz in den wichtigsten Bereichen sozialer Wohnungsbau, Abbau der Arbeitslosigkeit, bei der zielgerichteten Förderung von Kindergärten, Alten- und Pflegeheimen, aber auch in Fragen von Ökologie und Ökonomie bestätigt.

Unsere sachliche Kompetenz auf diesen Schwerpunkten ist auch in Rheinland-Pfalz unbestritten. Wir werden sie noch verstärken.

Das Votum von fast der Hälfte der deutschen Wählerschaft hat klar gezeigt, daß das Vertrauen in die SPD auch nicht dadurch erschüttert werden kann, daß CDU und CSU immer wieder den böserartigen Versuch unternehmen, die freiheitliche Sozialdemokratie mit der kommunistischen SED und ihren stalinistischen Methoden gleichzusetzen.

Im Nachbarland Nordrhein-Westfalen ist der ebenso blödsinnig wie verlogene Slogan „Der Sozialismus geht - Blüm kommt“ voll auf seine Urheber zurückgefallen: Die Sozialdemokratie bleibt in diesem Land mit der Einwohnerzahl der ganzen DDR unstreitig die Nummer Eins - und Blüm geht nach Bonn zurück. Bis zur Bundestagswahl am 2. Dezember. (-/14.5.1990/vo-hs/rs)

* * *

Weder Gestaltungswille noch Gestaltungskraft bei CDU-Frauen

Zur ersten Lesung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung zur Verbesserung der Gleichbehandlung von Frauen und Männern am Arbeitsplatz

Von Barbara Weiler MdB
Mitglied im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung

Leider hält das Gesetz nicht, was der Titel erhoffen läßt. Es bringt die gleichberechtigte Behandlung von Frau und Mann keinen Schritt weiter. Im Gegenteil, beim näheren Hinschauen wird klar, daß dieses Gesetz zum Teil hinter der Rechtsprechung zurückbleibt und keinesfalls darüber hinausgeht.

Angesichts der immer noch überproportional hohen Zahl von arbeitslosen Frauen und der krassen Unterrepräsentanz von Frauen mit Leistungsfunktionen auf allen Ebenen wird es hohe Zeit, ernsthaft mit der Verwirklichung des Verfassungsauftrags der aus dem Jahre 1976 stammenden EG-Richtlinie zur Gleichstellung von Frauen und Männern am Arbeitsplatz und dem UN-Abkommen von 1985 zu beginnen.

Um die soziale Wirklichkeit mit diesem Ziel zu verbessern, brauchen wir ein Gesamtpaket, das die traditionellen, veralteten Strukturen aufbricht. Dazu gehört unter anderem der weitgehende Abbau sozialversicherungsfreier Beschäftigungsverhältnisse, die Abschaffung des Beschäftigungsförderungsgesetzes, die arbeits- und sozialrechtliche Gleichstellung von Teilzeit- und Vollzeitarbeit, die Verlängerung des Erziehungsurlaubs und des Bezugszeitraums von Erziehungs-geld, ein Rechtsanspruch auf Kinderbetreuungsplätze und nicht zuletzt endlich ein wirksames Gleichstellungsgesetz.

Deshalb fordern Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten:

- Die Benachteiligung von Frauen durch die Arbeitgeber zum Spartarif muß aufhören. Die von der Regierung vorgesehene Änderung des sogenannten Portoparagraphen durch die Einführung eines Schadensersatzanspruchs bis zur Höchstgrenze von vier beziehungsweise drei Monatsgehältern reicht bei weitem nicht aus, um größere Firmen vor einem Verstoß gegen das Gleichbehandlungsgesetz zurückschrecken zu lassen. Wir halten einen Einstellungsanspruch und alternativ dazu eine Höchstgrenze von zwölf Monatsgehältern als Ersatz des materiellen Schadens für notwendig.
- Zusätzlich halten wir als Garantie für die Einhaltung des Gesetzes eine Geldbuße von bis zu 100.000 DM für erforderlich.
- Um den Frauen eine Chance zur Durchsetzung ihrer Ansprüche zu geben, muß die Beweislastverteilung an den tatsächlichen Kenntnis- und Einflußsphären orientiert sein. Daher muß die Beweislast auf den Arbeitgeber übertragen werden. Auch dies sieht das vorliegende Gesetz nicht vor.
- Wir begrüßen, daß die geschlechtsneutrale Stellenausschreibung zur Pflicht werden soll. Es fehlt jedoch eine Sanktion bei Verstoß gegen diese Vorschrift. Wir schlagen eine Geldbuße bis zu 100.000 DM vor, um die Einhaltung des Gesetzes zu gewährleisten.

All diese Forderungen sind so oder in ähnlicher Form auch bereits von der CDU-Frauenunion und Frau Süßmuth gestellt worden. Geschehen ist nichts. (-/14.5.1990/va-he/rs)

Tempo 30 schützt Kinder vor tödlichen Verkehrsunfällen

Zur Notwendigkeit von Geschwindigkeitsbegrenzungen in Wohngebieten

Von Klaus Daubertshäuser MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Verkehrsausschuß des Deutschen Bundestages

Kinder dürfen nicht wegen geringfügiger Verkehrsverstöße mit dem Tod „bestraft“ werden. Deshalb brauchen wir in den Wohnvierteln Geschwindigkeitsregelungen, die Leben erhalten. Diesen Sicherheitsgewinn bringt Tempo 30.

Die Zahl der Verkehrsunfälle wird um mindestens 30 bis 40 Prozent abgesenkt. Der größte Vorteil besteht aber darin, daß Schwerstunfälle auf Null reduziert werden. Bei Tempo 30 gibt es grundsätzlich keine tödlichen Verkehrsunfälle. Zu Unfällen mit diesen Folgen kann es nur kommen, wenn Autofahrer mit höheren Geschwindigkeiten als 30 km/h in eine Unfallsituation hineinfahren.

Deshalb kann der Gesetzgeber angesichts der Unfallentwicklung in den Städten generell höhere Geschwindigkeiten als Tempo 30 nicht verantworten. Die Sozialdemokraten wollen deshalb die Straßenverkehrsordnung ändern. Die Regelgeschwindigkeit innerhalb geschlossener Ortschaften von 50 km/h soll nur noch für vorfahrtsberechtigten Straßen gelten, für alle anderen Innerortsstraßen muß sie auf 30 km/h abgesenkt werden.

Im Einzelfall müssen aber die kommunalen Körperschaften unter Berücksichtigung der örtlichen Gegebenheiten höhere Geschwindigkeiten zulassen können. Sie kennen die örtlichen Verhältnisse und sie wissen, was im Interesse ihrer Mitbürger nötig ist. Dies kann nicht der Gesetzgeber von oben und am grünen Tisch entscheiden.

Der Deutsche Städtetag und die Kinderkommission des Deutschen Bundestages unterstützen unsere Initiativen. Sie haben sich ebenfalls für die Tempo-30-Regelung engagiert. (-/14.5.1990/vo-ha/rs)

* * *

DOKUMENTATION

Walter Mompar: Keine Stadt ist so sehr Metropole der Deutschen wie Berlin

Walter Mompar, Regierender Bürgermeister von Berlin und SPD-Landesvorsitzender hielt vor Mitgliedern des Zentralbankrates der Deutschen Bundesbank kürzlich ein Plädoyer für Berlin als Hauptstadt. Dabei wandte er sich gegen Gerüchte, er wolle, daß die Bundesbank nach Berlin komme und betonte, Frankfurt habe sich als Sitz der Bundesbank bewährt. Zu Berlin sagte er unter anderem:

Mit der Hauptstadt Berlin in einem vereinigten Deutschland wird sich ein neues Hauptstadtverständnis verbinden müssen. Das veraltete Verständnis von Hauptstadt, der oft lähmende Zentralismus des 19. Jahrhunderts, wird es nicht sein. Die europäischen Hauptstädte, die europäischen Metropolen der Zukunft sind anders. Berlin wird weiter eindeutig für den bewährten föderativen Staatsaufbau eintreten. Ein vereintes Deutschland und ein vereintes Europa werden von der Vielfalt ihrer Regionen profitieren. Berlin wird den osteuropäischen Staaten auf ihrem Weg nach Europa helfen. Für die Integration Europas nach Osten kann Berlin die Rolle spielen, die Bonn für die Westintegration der Bundesrepublik gespielt hat. Es ist Sache aller Deutschen, darüber zu bestimmen, wo künftig die Hauptstadt Deutschlands sein soll. Auch die Deutschen in Sachsen, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg, Brandenburg und Thüringen müssen dazu gefragt werden.

Im Moment herrscht einige Aufregung über die Hauptstadtfrage. Düstere Bilder werden in die Welt gesetzt. Ein verödetes Bonn, phantasievoll aufgeblasene Umzugskosten bis zu einer grotesken Höhe, die abschrecken soll, ich kann die Sorgen und den Lokalpatriotismus der in Bonn Beschäftigten, der dort tätigen Politiker, Journalisten und Lobbyisten gut verstehen. Sie alle haben sich an Bonn gewöhnt. Aber es wird nicht so heiß gegessen, wie es gekocht wird. Berlin wird kein Hauptstadt-Moloch sein. Berlin wird es verstehen, zu teilen. Bonn wird eine wichtige Verwaltungsstadt bleiben. Aber klar ist, jedenfalls der Mehrheit der Deutschen, daß nur Berlin als das künftige Aushängeschild eines geeinten Deutschland und als Regierungssitz in Frage kommt. Keine Stadt ist so sehr Metropole der Deutschen, ihrer Leistungen, ihrer Kultur, ihrer Geschichte, Gegenwart und auch ihrer Zukunft. Berlin das ist das Herz der Deutschen. Hier kam die Spaltung Deutschlands, hier kommt auch die Vereinigung Deutschlands sinnfällig zum Ausdruck.

Ich beteilige mich nicht an Kampagnen, die sich gegen andere Städte richten. Ich spreche für Berlin. Es wäre gut, wenn diese Debatte wieder sachlich geführt würde. Ich wende mich insbesondere dagegen, daß einige Leute jetzt eine Art „Geschichtsentsorgung“ zu Lasten Berlins betreiben und Berlin zum Symbol für den Nationalsozialismus und alles Böse in der deutschen Geschichte erklären.

Ich habe im Ausland, übrigens auch vor wenigen Tagen in Israel, derartige Vorbehalte nicht gespürt. Man weiß dort sehr wohl, daß Berlin auch Hauptstadt des Widerstands war. Viele wissen zudem, daß der Nationalsozialismus Berlin nie als Hauptstadt der Bewegung verstanden hat. Er wollte sogar Berlin von der Landkarte verschwinden lassen und eine „Metropolis Germania“ auf seinen Trümmern errichten. Berlin ist nach dem Zweiten Weltkrieg zum Symbol der Verteidigung von Freiheit und Demokratie geworden. Es ist eine junge, eine weltoffene und eine liberale Metropole. Die demokratische Tradition Berlins reicht von der bürgerlichen Revolution 1848 über das liberale Preußen des 19. Jahrhunderts bis zur Weimarer Republik und in die Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg bis zum 9. November 1989. Sie reicht bis heute. Berlin steht für Deutschlands Geschichte mit ihren Höhen und Tiefen.

Das Brandenburger Tor, das Haus der Wannseekonferenz, die Hinrichtungsstätte Plötzensee, die Gedächtniskirche, die Reste der Mauer, das alles sind Mahnmale, die für die deutsche Geschichte und den Zustand unserer Nation stehen. Das geistige Klima in dieser Metropole wirkt wie ein Katalysator. Hier brechen Konflikte oft zuerst auf, hier werden aber auch zuerst Antworten gefunden. Ich denke, Berlin sollte deutsche Hauptstadt bleiben. Das sollte in der Verfassung des vereinten Deutschland niedergeschrieben und vom Volke bekräftigt werden.

(-/14.5.1990/vo-he/rs)